

# Wir haben keinen neuen Historikerstreit, sondern einen neuen Illiberalismus

Viele seiner Kritiker, argumentiert unser Autor, missachten die Meinungsfreiheit und Menschenrechte. Eine Streitschrift für eine liberalere Erinnerungskultur.

Dirk Moses, 7.8.2021 - 06:03 Uhr



Michael Gstettenbauer via [www.imago-images.de](http://www.imago-images.de)

Israel und Deutschland Fahne

*Berlin - Ein Essay des Genozidforschers Dirk Moses, der im Mai dieses Jahres veröffentlicht wurde, erregte international Aufsehen: „Der Katechismus der Deutschen“ entfachte laufende Diskussionen über das Verhältnis des Holocaust-Gedenkens zur vergleichsweise zaghaften Erinnerungskultur gegenüber den deutschen Kolonialverbrechen – sowie über die Frage der historischen Singularität des Holocaust und die Grenzen der Meinungsfreiheit im deutschen Diskurs. Die Berliner Zeitung am Wochenende begleitet diese Debatte kritisch und lässt dabei verschiedene Positionen zu Wort kommen. Im zweiten Teil unserer Reihe antwortet Moses selbst seinen Kritikern.*

**Berliner Zeitung Am 7./8. August 2021 im Blatt:**

<https://www.berliner-zeitung.de/wochenende/wir-haben-keinen-neuen-historikerstreit-sondern-einen-neuen-autoritarismus-li.175278?pid=true>

Seit circa zehn Jahren beobachten viele von uns, die zu deutscher Geschichte arbeiten, die politische Situation in Deutschland mit wachsender Sorge. Nicht nur mit Blick auf das Erstarken der extremen Rechten, sondern auch hinsichtlich der Einmischung staatlicher Behörden, etwa im Kontext der Aufkündigung von Preisen, der Ausladung internationaler sowie der Zerstörung der Karrieren in Deutschland ansässiger Wissenschaftler:innen und Künstler:innen – sofern sie mit der BDS-Bewegung in Verbindung gebracht werden.

Der BDS-Beschluss des Bundestags von 2019 hat zwar keinen Gesetzesstatus, dient staatlichen Behörden jedoch immer öfter als Richtschnur zur Regulierung. Angesichts des Ausmaßes staatlicher Förderung von Wissenschaft und Kultur in Deutschland ist die Meinungsfreiheit daher zunehmend gefährdet. Egal ob jüdisch oder israelisch, arabisch oder muslimisch: Personen oder auch Gruppen werden in regelmäßigen Abständen staatliche Unterstützung und öffentliche Stellen entzogen, wenn Sie im Verdacht stehen, in „Kontaktschuld“ mit BDS zu stehen

Das harte Durchgreifen ist auch deshalb überraschend, weil BDS in Deutschland eine vergleichsweise geringe Bedeutung zukommt. Die derzeitige Debatte verläuft letztlich zwischen denjenigen, die den BDS-Beschluss ablehnen – auch wenn sie BDS *nicht* unterstützen –, und denen, die sie dafür des Antisemitismus verdächtigen. Man denke an die jüngste, hässliche Kampagne der Welt am Sonntag gegen den neuen Direktor des Hauses der Kulturen der Welt, Bonaventure Soh Bejeng Ndikung: ein Versuch, ihn zu disqualifizieren, nicht weil er BDS unterstützt – das tut er nicht –, sondern allein, weil er dessen Vertreterinnen und Vertreter (und deren Arbeit) nicht pauschal diskreditiert.

## Der Geist der Denunziation

Selbst treue Zionist:innen geraten dabei in die Schusslinie: So twitterte etwa die Amadeu-Antonio-Stiftung, die Entscheidung von Ben and Jerry's, ihre Eiscreme nicht mehr im Westjordanland zu verkaufen – eine Entscheidung im Einklang mit der liberal-zionistischen, manche würden sagen überholten Zwei-Staaten-Politik – schüre „Hass und Antisemitismus“. Im gleichen Geist skurriler Denunziation bezeichnete der Antisemitismusbeauftragte Michael Blume progressive Jüdinnen und Juden als „vorgebliche“ Juden. Diese bedrückende Atmosphäre erinnert an den Radikalenerlass, der in den 70er-Jahren Berufsverbote für Linke nach sich zog und durch den Personen aufgrund ihrer vermeintlichen Illoyalität gegenüber der freiheitlich-demokratischen Grundordnung generalverdächtigt wurden – ironischerweise oft dieselben Leute, die heute gegen fortschrittliche, oft nicht-weiße Stimmen vorgehen.

Derzeit wirkt es, als wäre es die Aufgabe Außenstehender, wie der Philosoph:innen Susan Neiman und Omri Boehm, den deutschen Eliten zu erklären, dass ihr Anti-Antisemitismus aus den Fugen geraten ist. In einer Zoom-Diskussion, die der taz-Journalist Jan Feddersen im Juni veranstaltete, erklärte der emeritierte Historiker der Universität Tel Aviv Jose Brunner, BDS sei „ein legitimes Instrument der Palästinenser, sich gegen eine Besatzung zu wehren, die über ein halbes Jahrhundert dauert [und] die auf Apartheid-Bedingungen in der Westbank“ zurückzuführen sei. Feddersen unterbrach Brunner, damit ein anderer Redner widersprechen konnte.

Weil ich beobachte, wie derartige Entwicklungen die Karrieren deutscher Kolleg:innen ruinieren, habe ich im Mai den Artikel „Der Katechismus der Deutschen“ geschrieben. Der Titel ist an Heinrich von Kleists Text politische Schrift von 1806 angelehnt. Damit wollte ich die Aufmerksamkeit auf den politisch-religiösen Charakter lenken, mit dem der deutsche Staat und Teile der deutschen Öffentlichkeit versuchen, eine spezifische Orthodoxie der Holocaust-Erinnerung – und damit verknüpft, der Nahostpolitik – durchzusetzen. Das bedeutet nicht, dass es in Deutschland keinen erinnerungspolitischen Pluralismus gäbe. Sondern, dass einige Erinnerungs-„Priester“ versuchen, jenem Pluralismus ein Ende zu setzen, indem sie all jene verketzern, die gegen ihre Orthodoxien verstoßen. Das Kernargument meines Texts lautete: Nicht-jüdische deutsche Eliten versuchen, die – fraglos bewundernswerte – deutsche Erinnerungskultur, die sich circa seit den 80er-Jahren entwickelt hat, für ihre Zwecke zu instrumentalisieren.

## **Der deutsche Katechismus ist wirkmächtig**

Die Hohepriester des Katechismus stehen, wie einst Kleist, für einen neuen Nationalismus. Dieser fußt *nicht* in einer Kultur der Schuld – einem „Schuldskult“, wie die AfD das nennt; ein Begriff, den ich niemals verwendet habe und dessen Implikationen ich auch nicht teile. Sondern in der politischen Artikulation eines moralischen Schocks. Angewidert von dem Umstand, dass ihre Eltern und Großeltern den Holocaust verübten, imaginieren sie ein neues Deutschland, das auf der Ablehnung jener Traditionen beruht, die sie mit ihren Nazi-Eltern und -Großeltern identifizieren: eine Art postnationale Identität.

In den letzten 15 Jahren glitten Vertreter:innen jener besonderen Form von Erinnerungskultur – aus einer Haltung, die der Philosoph Jürgen Habermas einst als Verfassungspatriotismus bezeichnet hat – in eine Kultur des Narzissmus ab: in einen starren, selbstgefälligen Nationalismus, der Menschen in unerbittliche Kategorien von Gut und Böse einteilt und dabei zynischerweise seine eigene Verpflichtung aufs universelle Menschenrecht unterläuft.

Dies hat mehrere Gründe und Auswirkungen: Erstens versteigerte sich die notwendige Ablehnung des Antisemitismus zu einer Art Erlösungs-Philosemitismus, der den Erlösungs-Antisemitismus der Nazis um 180 Grad kehrte. Sicher, das deutsche Anliegen der Wahrung des Schutzes jüdischen Lebens ist richtig und wichtig. Aber der deutsche Philosemitismus geht viel weiter: die Binär-Beziehung zwischen Deutschen und Juden wird darin aufrechterhalten, um einen deutschen Narzissmus zu speisen, um eine Fantasie zu entwerfen, in der Deutschland die Rolle einer Schutzmacht im Nahen Osten spielt, um Israel als jüdischen Fluchthort zu sichern. Dabei wird verkannt, dass dort einst Palästinenser:innen wohnten, von denen viele einen Fluchthort in Deutschland suchen mussten. Merkwürdigerweise behauptet zugleich niemand, dass solch ein identitätsstiftendes Verhältnis etwa gegenüber den Herero vonnöten sei, an deren Vorfahren die deutschen Imperialmächte ebenfalls einen Völkermord verübten.

Praktisch läuft diese Fantasie auf mehr hinaus als eine verständliche Sorge für Israel, dessen jüngste Regierungen eine AfD-ähnliche Politik verfolgten. Angela Merkel verkündete während des jüngsten Gaza-Kriegs, Deutschland unterstütze, dass Israel „sich massiv zur Wehr setzt“. Heiko Maas sagte: „Israels Recht, sich zu verteidigen, ist nicht verhandelbar“. Die Worte „massiv“ und „nicht verhandelbar“ leisten dabei bestimmte moralische und konzeptionelle

Arbeit. Sie könnten auch die deutsche Entscheidung erklären, sich in diesem Zusammenhang gegen die Untersuchung von Kriegsverbrechen durch den Internationalen Strafgerichtshof zu stellen. So viel zur Achtung des Völkerrechts – dabei dachte man, Letzteres sei eine Lehre aus dem Holocaust.

Zweitens stützen sich die deutschen Eliten als Folge ihrer Schutzmachtfantasie vehement auf den Begriff des „israelbezogenen Antisemitismus“ – als ob der Widerstand von Palästinenser:innen gegen israelische Politik, die deren Großeltern vertrieb, das Westjordanland besetzte und einen palästinensischen Staat sukzessive verunmöglichte, irgendwie mit der extremen Rechten in Deutschland zusammenhinge, die ja sowohl Juden als auch Muslime ausweisen möchten.

Drittens glaubte man, dieses Engagement durch die Verteidigung der absolut gesetzten Einzigartigkeit des Holocausts zu stützen. „Wenn die planmäßige Ausrottung der Judenheit nur ein Unterkapitel des europäischen Rassismus und der kolonialen Gewaltgeschichte war, erodiert auch die besondere deutsche Verpflichtung gegenüber dem jüdischen Staat“, twitterte Ralf Fücks, ehemals im Vorstand der Heinrich Böll Stiftung. Dieser Zusammenhang wird zwar nie logisch erklärt, aber doch inbrünstig geglaubt. Er führt dazu, dass die Gläubigen die Bedeutung der von Deutschland und anderen imperialen Mächten begangenen kolonialen Völkermorde immer wieder herunterspielen.

Der Historiker Götz Aly unterscheidet sie etwa vom Holocaust, indem er behauptet, sie seien von den Kolonisierten selbst provoziert worden: Als „Gegenwehr“ seien sie durch die Aufstände gerechtfertigt gewesen, wohingegen einzig der Holocaust irrational und gegenzivilisatorisch war. Daher verursachten koloniale Völkermorde bei den Tätern nachträglich kein „kognitives Entsetzen“, wie es der Historiker Dan Diner das formuliert.

## **Das „kognitive Entsetzen“ liegt auch anderswo**

Das Problem wird so in eurozentrischen Begriffen gefasst. Für die Kolonisierten liegt das „kognitive Entsetzen“ in der Tatsache, dass die Europäer sie eroberten, ausbeuteten, ermordeten: Warum aber soll der Widerstand gegen sie illegitim gewesen sein? Wie kann so eine Argumentation als ethisch angemessene Form von Erinnerungskultur angesehen werden? Tatsächlich werden alle Völkermorde von derselben Sachlogik getrieben, nämlich einem Drang nach „permanenter Sicherheit“, die imaginiert Feinden präemptiv vernichtet – einer Logik der „Notwehr“ folgend und nach „Endlösungen“ strebend. Solch eine Sachlogik sollten wir ablehnen.

Selbstverständlich ist nichts „deckungsgleich“ mit dem Holocaust, wie Götz Aly kürzlich im Deutschlandfunk anmerkte. Aber das Gleiche gilt für die Sklaverei, in der über Jahrhunderte über zwölf Millionen Menschen aus Afrika zwangsverschleppt wurden, wobei Millionen starben. Auch sie ist einzigartig. Eine Definition von Einzigartigkeit ist standpunktabhängig. Die eurozentrische Unfähigkeit, die Perspektive Kolonisierter mitzudenken, führt zu einer verzerrten Diskussion. Immer wieder wehren sich die deutschen Kommentator:innen gegen Formen multiperspektivischen Denkens, indem sie sagen, der Holocaust könne nicht zu anderen Genoziden in Bezug gesetzt werden. Jan Feddersen bezeichnete das Knüpfen solcher Bezüge

kürzlich sogar als „historiografische Pornografie“, Thomas Macho als eine „Hitparade der Masseurde“.

Diese Art Hysterie setzte sich auch im Spiegel fort, wo kürzlich zu lesen war, Critical Race Theory helfe „bei dem unseligen Versuch, die Shoah zu einem Unterpunkt der deutschen Kolonialgeschichte zu erklären“. In der Jüdischen Allgemeinen wiederum hieß es: „Bei Moses wird die Schoa zu einer bloßen Unterkategorie kolonialer Gewalt“. Dabei behauptete ich das genaue Gegenteil: Der Holocaust ist *natürlich* ein antisemitischer Akt. Doch er kann nur im Kontext eines imperialen Eroberungskriegs in Europa verstanden werden – dem größten aller Zeiten. Dennoch verurteilt auch der Historiker Norbert Frei die postkoloniale Wissenschaft. Sein Argument: Sie „kontextualisiere“ den Holocaust. Eine absurde Kritik: Immerhin gehört die Kontextualisierung doch zum festen Handwerkszeug von Historiker:innen.

Die hier angeschnittenen Argumente sind zumeist seitens einer älteren Generation von Historikern, tatsächlich hauptsächlich von Männern, zu hören. Sie folgen einem Erzählkript des Historikerstreits aus den 1980er Jahren: damals setzten dieselben Kritiker sich erfolgreich gegen nationalistische Kräfte durch. Entsprechend verstehen sie die Herausforderung heute darin, Deiche zu stützen, hinter denen der Wasserpegel des Rechtspopulismus bedrohlich steigt. Aber sie verwechseln in ihrer Angstattacke postkoloniale Argumente mit denen der extremen Rechten – und schreiben mir Wörter wie „Schuldskult“ zu. Hebt man ihre blinden Flecken hervor, so scheinen sie nichts anderes mehr zu hören. Ich möchte diese Angst nicht bagatellisieren. Rechtspopulismus und rassistische Angriffe auf Muslime und Juden sind ein ernstes Problem. Doch wir müssen sie richtig analysieren. Wir dürfen nicht einfach den Antisemitismus auf die postkoloniale Theorie projizieren und sie mit der extremen Rechten verwechseln.

## **Die Verstrickung von Holocaust und Kolonialismus**

Denn es gibt einen zentralen Unterschied zwischen denen, die den Holocaust relativieren und postkolonialen Denker:innen, die versuchen, ihn in einem globalen Kontext zu verstehen und daraus eine neue Verantwortung zu stiften. Um die Bedrohung zu erfassen, der Juden und Muslime heute ausgesetzt sind, muss die Verstrickung des Holocausts mit Kolonialismus, Rassismus und weißer Vorherrschaft offengelegt werden. Immerhin gehen die Mehrzahl der Angriffe auf Juden und Muslime von christlichen, weißen Deutschen aus. Akademiker:innen und Künstler:innen, die eine BDS-Petition unterzeichnet haben, sind, anders als uns hierzulande weiszumachen versucht wird, keine Bedrohung für jüdische Deutsche.

Thomas Schmidt behauptete zuletzt in der Zeit, der Postkolonialismus lehne Menschenrechte als westliche Ideologie ab und stelle sich so gegen Deutschlands Grundwerte. Tatsächlich ist es umgekehrt: Die antikolonialen Bewegungen des 20. Jahrhunderts strebten nach bürgerlichen Rechten in europäischer, revolutionärer Tradition – nach einem Staat, der seinen Subjekten Rechte garantiert. Das Problem besteht darin, dass Palästinenser:innen diese grundlegenden Rechte in den besetzten Gebieten verwehrt und in Israel nur teilweise gewährt werden. Deshalb berufen sich israelische, palästinensische und internationale Menschenrechtsorganisationen bei der Beurteilung der dortigen Situation auf das Völkerrecht.

Schmidt behauptete gar, die von mir und anderen Historiker:innen und Aktivist:innen angestoßene Debatte steuere auf einen beunruhigenden Punkt zu: „dass Israel von der Landkarte verschwinden solle“ – dies ist ein Hirngespinnst, für das es keinen sachlichen Anhaltspunkt gibt. Meinte Schmidt etwa, dass Israelis and Palästinenser:innen zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer nicht die gleichen Rechte genießen sollen? Für Verblendungen dieser Art hat der US-Journalist Peter Beinart den Begriff der „antipalästinensischen Bigotterie“ geprägt. Es ist höchste Zeit, dieses Vorurteil auch in Deutschland zu benennen. Das postnationale deutsche Identitätsprojekt der Versöhnung zwischen „den Deutschen“ und „den Juden“ tritt angesichts der gefährdeten Lage der Demokratie und Menschenrechte in Israel in eine schwierige Phase ein.

Es sind derzeit wieder Außenstehende, die den Spiegel narzisstischer deutscher Selbstbeweihräucherung demontieren. In einem Aufsatz für Geschichte der Gegenwart schrieb jüngst der israelische Historiker Alon Confino: „Wenn es eine Lehre aus dem Holocaust gibt, dann die, dass alle Menschen gleiche Rechte und ein Leben in Würde verdienen. Das Beharren auf gleichen Rechten für Palästinenser (...) kann nicht als antisemitisch angesehen werden.“

Wird diese Botschaft gehört? Viele der überzogenen Reaktionen auf meinen Katechismus-Artikel bewiesen seine Kernaussagen: dass eine Gruppe von Akteur:innen in Feuilletons und Politik zu bestimmen versucht, wie legitime Erinnerung an den Holocaust auszusehen hat, wer sie verkörpern darf – und wer nicht. Die Verteidiger des Katechismus postulieren jetzt einen „neuen Historikerstreit“, um sich als Beschützer:innen der Öffentlichkeit vor den Barbaren von rechts wie von links aufzuspielen. Aber wir haben keinen neuen Historikerstreit. Wir haben einen neuen Illiberalismus. Er besteht darin, neue Stimmen aus dem Diskurs auszuschliessen – Stimmen wie die von Achille Mbembe und Bonaventure Soh Bejeng Ndikung. Dafür sind die deutschen Akteure verantwortlich.

*Aus dem Englischen von Hanno Hauenstein*

Anm. d. R.: In einer früheren Version dieses Textes war davon die Rede, der Antisemitismusbeauftragte Michael Blume habe progressive Jüdinnen und Juden als „vorgebliche Juden“ bezeichnet. Tatsächlich sprach er von „vorgebl. jüdischen Accounts [auf Twitter]“.

\*Anm. d. R. zur inzwischen geänderten Illustration: In den Augen einzelner Beobachter suggerierte die Erstillustration eine Ähnlichkeit mit einem NS-Symbol. Diese Ähnlichkeit war keineswegs intendiert. Aus Gründen der Sensibilität des Themas haben wir das Bild dennoch geändert.